



## Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg

Wie die Vaihinger Zeitung richtig geschrieben hat, darf einer nicht fehlen, wenn unsere GdP ihren Neujahrsempfang abhält. Deswegen hat es uns wieder sehr gefreut, dass der Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident Herr Strobl durch seine Anwesenheit der GdP seine Verbundenheit zum Ausdruck gebracht hat. In seinem Wortbeitrag hat der Innenminister dargestellt, wie er zu seiner Polizei steht.

Als Landesvorsitzender der GdP blieb es nicht aus, dass das Thema „Dienstpostenbewertung“ seinen Platz einnehmen musste.

Unsere Sichtweise und Bewertung ist inzwischen vermutlich allen bekannt und darum wurde noch einmal klargestellt, dass die GdP weiterhin unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird, wenn diese sich entscheiden sollten, gegen diese Form der Dienstpostenbewertung vorzugehen.

Viele Nachfragen zur Umsetzung der Dienstpostenbewertung zeigen, welche Unsicherheit und Unkenntnis derzeit noch in den Reihen der Beschäftigten herrscht. Denn langsam wird den meisten klar, dass dieses Thema sehr nah mit den anstehenden Beurteilungsrunden und vielen weiteren Entscheidungen verknüpft ist. Nach dem gemeinsamen Gespräch zu diesem Thema war die GdP guter Hoffnung, dass die Wertschätzung des Innenministers für seine Polizei nicht mit den von ihm genannten Punkten endet. Vor Kurzem fand der Neujahrsempfang der CDU-Fraktion statt, bei welcher der Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Reinhart richtigerweise ausgeführt hat, dass sich die erbrachte Leistung für die Arbeitnehmer, und hierzu zählt die GdP auch die Polizeibeschäftigten, lohnen muss. Das sehen wir genauso. Daher hatten wir die Hoffnung, dass unsere Dienstposten von einer unabhängigen anerkannten Stelle, der Kommu-



nalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, bewertet werden würde. Leider wurden unsere Hoffnungen nicht erfüllt.

Als Gewerkschaft der Polizei bedanken wir uns im Namen unserer Mitglieder ausdrücklich dafür, dass unser jahrelanges Ansinnen erfolgreich umgesetzt wurde, und zwar die Regelung für die Schadensersatz-/Schmerzensgeldansprüche. Hier wird die Praxis zeigen, ob noch Nachbesserungen erforderlich sind.

Auch die Klarstellung in einem Schreiben des Innenministers Strobl zur Anerkennung der Posttraumatischen Belastungsstörung bei der Meldung eines Unfalls mit Körperschaden hat uns besonders gefreut. Durch diese Aufnahme sind die Voraussetzungen für die Fortzahlung der Zulagen i. S. d. Erschwerungszulagenverordnung gegeben. Es hat uns ebenfalls gefreut, dass das Land Ba-

*Fortsetzung auf Seite 2*



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei – Landesjournal BW – sowie in der Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Mobilnummer 01 73/3 00 54 43.

Der Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2019 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 29. März 2019, für die Juni-Ausgabe ist er am Freitag, dem 3. Mai 2019.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden. **Andreas Heck**

Fortsetzung von Seite 1

den-Württemberg einer jahrelangen Forderung der GdP nachgekommen ist und sich für die Einführung der Body-Cams entschieden hat. Wir begrüßen ausdrücklich die deutliche Meinung des Innenministers zum Nachbesserungsbedarf, wie zum Beispiel zu Aufnahmen in geschlossenen Räumen. Dafür sind wir sehr dankbar und bei diesem Anliegen kann auf die Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei gezählt werden.

Ein anderes wichtiges Thema ist der GdP ein dringendes Anliegen. Wir benötigen qualifizierten Nachwuchs bei der Polizei. Aufgrund der starken Konkurrenz um Auszubildende sollte über die Bewertung der Polizei nachgedacht werden. Nur so können wir gute Leute für die Polizei anwerben. Zu einer guten Ausbildung gehören auch gute Fachlehrer! Deswegen muss dringend über die Bewertung der Fachlehrer nachgedacht werden, wenn hochmotivierte und qualifizierte Fachlehrer an die Hochschule „gelockt“ werden sollen.

Da darf auch keine Unruhe in die Ausbildung gebracht werden, indem Arbeitszeitmodelldiskussionen geführt werden! Diese sind in der Hochphase ihrer Einstellungsoffensive sicher nicht zielführend. Eine Veränderung in diesem Bereich ist mit der GdP nicht zu machen.

Wir alle wissen, wie es mit der Polizeistärke und dem Nachwuchs aussieht. Um die Polizei zukunftsfähig stark und mit sehr guter Qualität auszustatten, bedarf es einer dringenden Überarbeitung der Einstellungspraxis. Es muss jedem klar sein, wenn wir konkurrenzfähig gegenüber der freien Wirtschaft bleiben wollen, ist zwingend die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern. Deswegen ist unsere Forderung nach der Bewertung des Polizeiberufs in der Besoldungsstufe A 11 gerechtfertigt.

Somit muss sich die bisherige Einstellungspraxis verändern und die internen Fortbildungsmöglichkeiten attraktiver gestaltet werden.

Die Polizei darf es sich nicht mehr leisten, sehr gute Bewerber/-innen auf der Strecke vom Einstellungstest bis zur Einstellung zu verlieren. Hier muss an die Einstellung im September 2018 erinnert werden, bei welcher zwei ganze Klassen gar nicht erst zum Einstellungstermin erschienen sind.



Fotos: GdP BW; © Heinz Remke

**Und:**

wie zu erfahren war, der Bewerbungsschlussstermin verschoben wurde, weil sich noch nicht genug potenzielle Einstellungskandidaten/-innen beworben hatten.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen! Oder doch?

Um es noch einmal im Klartext zu sagen. Das Eingangsamt im Polizeiberuf muss die A 11 sein und die Anzahl der Spitzenämter ist gegenüber dem Ist-Stand deutlich zu erhöhen. Es ist für diese Landesregierung Dringlichkeit geboten, sich bei diesem Thema zu bewegen.

Es ist höchste Zeit, dem mittleren Dienst ein Ende zu bereiten und die Diskussion um Ausweitung bzw. Erhalt des freiwilligen Polizeidienstes zu beenden.

Es darf für die Polizei keine weiteren Einsparmodelle geben! Es wird eine solide und nachhaltige Finanzierung benötigt, welche über die Zeit einer Legislaturperiode hinaus dauerhaften Bestand hat.

Die Erhöhung der Erschwernislage zum lageorientierten Dienst ist längst überfällig! Auch hier wurde im kürzlich zugegangenen Schreiben des Innenministers Strobl zum Ausdruck gebracht, dass die Erhöhung der LoD-Sätze eine hohe Priorität besitzen würde. Dies haben wir sehr gerne zur Kenntnis genommen und hoffen jetzt auf eine schnelle Umsetzung. Die Kolleginnen und

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-299  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [Info@gdp-service.com](mailto:Info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Andreas Heck (V.i.S.d.P.)  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen  
Mobil 0173 300 544 3  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



**LEITARTIKEL**

Kollegen warten mit Sehnsucht darauf.

Nun sollte noch ein Blick in den Tarifbereich der Polizei genommen werden.

Nie war es so wichtig wie heute, dass endlich das Berufsbild „Polizeifachangestellte“ mit der entsprechenden Eingruppierung eingeführt wird. Offensichtlich ist es so, dass dies von der Landesregierung nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde! Leider hören wir hierzu gar nichts mehr und es drängt sich der Verdacht auf, dass das Thema nicht wichtig genug sei.

Es wäre schön, wenn dieses Thema noch in dieser Legislaturperiode angegangen würde, um auch unserem Tarifpersonal die angemessene Wertschätzung durch eine anständige Bewertung zukommen zu lassen.

Als GdP halten wir nach wie vor an unserer Forderung zur Schaffung des Berufsbildes „Polizei-Fachangestellte/r“ fest.

Wenn es die Landesregierung wirklich ernst meint, den öffentlichen Dienst attraktiv und zukunftsfähig zu machen, dann muss sie endlich handeln und nicht nur wohlklingende Worte von sich geben. Traurig ist es für uns als Gewerkschaft, wenn das Land Baden-Württemberg in der Polizei immer noch Menschen in der Entgeltgruppe 3 einstellt! Nur zum Verständnis – in dieser Entgeltgruppe verdient ein Mitarbeiter in Vollzeit ca. 1300 € netto! Zudem ist es für diese Mitarbeiter enorm schwer, sich im „eigenen Hause“ weiter zu qualifizieren. Das Land Baden-Württemberg zahlt anscheinend lieber Niedriglöhne, als sich von dieser schlechten Unart der „Arbeitgebermentalität“ zu verabschieden.

Um bei der Stimmung innerhalb der Polizei zu bleiben, ein weiteres Ärgernis wurde der GdP jetzt schon mehrfach mitgeteilt:

Um der Personalmisere etwas Herr zu werden, wurde das Praktikum in der Ausbildung auf ein Jahr erhöht. Jedem war damit bewusst, dass bei der Erhöhung der Ausbildungszahlen eine hohe Ausbildungslast auch im Polizeieinzeldienst entstehen wird.

Was hierbei wohl etwas aus dem Blick geraten ist, dass durch dieses „mehr“ an Personal auch ein „Mehr“-Bedarf an Büroräumen und Computern besteht. Es soll derzeit in einigen Bereichen schon schwierig sein, einen Computer benutzen zu können, weil alle belegt sind. Die Kosten für

Verbrauchs- und Büromaterialien steigen zwangsläufig und sind oft im zugewiesenen Budget nicht on top berücksichtigt worden.

Schranke zur Aufbewahrung der Privat-/Dienstkleidung sind entweder Mangelware oder es gibt keinen Platz mehr, wo diese noch hingestellt werden können. Abschließbare Fächer für die Schusswaffen, welche den Vorschriften entsprechen, seien zum Teil nicht mehr für alle verfügbar.

Die GdP ist die Gewerkschaft, welche KLARTEXT redet:

Unsere Forderungen sind nicht überzogen und nicht unerreichbar.

Deswegen lasst uns gemeinsam an der Zukunft der Polizei arbeiten:

Zusammenkommen ist ein Beginn!  
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt!

Zusammenarbeit ist ein Erfolg!

Zum Schluss darf nicht unerwähnt bleiben, dass das Landespolizeiorchester mit seiner musikalischen Umrahmung und die vielen Helfer im Hintergrund für die gelungene Veranstaltung mit beigetragen haben. Hierfür gebührt allen ein angemessenes Dankeschön.

**Hans-Jürgen Kirstein**



## Gewerkschaft der Polizei

### GdP Frauenseminar 2019

**Datum:** 2. Juli bis 03. Juli 2019 · Beginn 10 h - Ende 15 h

**Ort:** Kloster Reute, Bildungshaus Maximilian Kolbe,  
Franziskanerinnen von Reute e.V.  
Klostergasse 6, 88339 Bad Waldsee

**Programm:** Tag 1 · GdP Frauengruppe:  
Strategiewerkstatt: „Wir gemeinsam in der GdP“  
Tag 2 · Dr. Stefanie Rukavina · interaktiver Vortrag  
„Self-Leadership“

**Plätze:** 15

**Kosten:** es entfallen 40 Euro Eigenbeteiligung pro Person

**Seminar mit dem Ziel, Power für unsere gemeinsamen gewerkschaftlichen Ziele zu entwickeln. Dr. Stefanie Rukavina wird uns zu unserem Arbeitsergebnis das praktische Konzept für ein leistungsstarkes ICH im Beruf & Ehrenamt näher bringen.**

**Meldeschluss:** 10. Mai 2019  
**Meldeadresse:** [andrea.stotz@gdp-bw.de](mailto:andrea.stotz@gdp-bw.de)  
**Stichwort:** Frauenseminar

**Wichtiger Hinweis:**  
Die Plätze werden erst nach Meldeschluss zugesagt.  
Mit der Platzzusage wird auch die Entrichtung der Eigenbeteiligung fällig.

**Wir freuen uns auf zwei spannende Seminartage mit Euch!**

**Euer Landesfrauenvorstand**



# Die POLIZEIVERWALTUNG

Ein nicht unwesentlicher Teil der polizeilichen Organisation

Die Gewerkschaft der Polizei betrachtet die polizeiliche Arbeit, die Organisation und die Belastungen der Beschäftigten in der Gesamtheit von Beamten und Arbeitnehmern schon seit Langem.

Deshalb wurde im Jahr 2009 durch den „GdP-Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung“ das erste Positionspapier entwickelt. Darin sind die Zusammenhänge der Polizeiorganisation und gewerkschaftlichen Forderungen beschrieben, die eine Verbesserung der Struktur beinhalten und hinsichtlich des Betrachtungsspektrums überwiegend Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte betreffen.

**Nummehr wurde dieses Papier in 2018 überarbeitet, weiterentwickelt und gleichzeitig als Strategieplaner vom Bundesvorstand für alle Bundesländer verabschiedet.**

In der Ausgabe 4/2018 Deutsche Polizei wurde bereits ausführlich berichtet und das Positionspapier auf der Webseite eingestellt.

Höchste Zeit sich damit auseinanderzusetzen. Denn seither hat sich in der Praxis zu wenig verändert. Dies gilt im Besonderen für Baden-Württemberg.

Schon bei der Polizeireform 2014 hat sich personell bei den Verwaltungen und bei den Tarifbeschäftigten wenig getan. Und bei der Reform der Reform in 2020 sieht es genauso schlecht aus. Schon jetzt ist erkennbar, dass jahrelange Ignoranz durch Unterlassen das Polizeigefüge durcheinanderbringt. Und dies trotz sprudelnder Steuereinnahmen.

Nein, es wird weiter mit spitzer Kante das Personal im Nichtvollzugsbereich ausgestattet, teilweise immer noch weiter weggespart.

Gerade durch die verstärkte Einstellung von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten/-innen kann der Personalengpass wesentlich das Personalproblem im PVD beseitigen!

Im Positionspapier zur Polizeiverwaltung werden wesentliche Aspekte aufgezeigt und langjährige Forderungen der GdP formuliert.

- ENTLASTUNG DES PVD VON VOLLZUGSFREMDEN AUFGABEN
- ZUSÄTZLICHE NEUSTELLEN FÜR VERWALTUNGSBEAMTE



Foto: GdP BW; © Martin Peuthert

- ZUSÄTZLICHE NEUSTELLEN FÜR TARIFBESCHÄFTIGTE
- SCHAFFUNG HÖHERWERTIGER STELLEN IM NICHTVOLLZUG

So hat die Polizei in NRW sich den kontinuierlich gesellschaftlichen Veränderungen, Terrorgefahren, globalen Kriminalitätsentwicklungen, veränderten Täterverhalten, sich ständig fortentwickelter Technik und zunehmender Arbeitsverdichtung gestellt. Sie hat keine „Hilfspolizisten“ als Lückenbüßer eingestellt, sondern mit einem Sonderprogramm zusätzliches Personal im Nichtvollzugsbereich eingestellt. Die GdP ist in NRW die bestimmende Gewerkschaft und hat deshalb durchsetzen können, dass die meisten neu geschaffenen Stellen besetzt wurden. Viele davon analog im gehobenen Dienst. Bereits Beschäftigte im Polizeibereich konnten sich auf neue, höherwertige Stellen bewerben, die danach frei werdenden Funktionen wurden anschließend extern besetzt.

**Dies muss auch in Baden-Württemberg möglich sein!**

Das Polizeiverwaltungspersonal ist wesentlicher Bestandteil der gesamten Polizei. Dabei gilt es den „Back-Office-Bereich zu verstärken und mit neuen Fachkräften die Kollegen und Kolleginnen im **Polizeivollzugsdienst von vollzugsinadäquaten Aufgaben zu entlasten.**

Dies gilt aktuell gleichfalls für die neu geschaffenen Schul- und Ausbildungsstandorte der Polizei des Landes Baden-Württemberg.

Wenn gut ausgebildete Vollzugskräfte in Stäben, auf Revierebene und sogar selbst in den Referaten Finanzen und Personal vollzugsfremde Verwaltungsaufgaben erledigen, wird es kein Mehr an sichtbarer Präsenz sowie Optimierung in der baden-württembergischen Polizei geben. Solange selbst hochrangige Uniformträger beim PC-Leasingtausch Geräte schleppen, Karteikarten- oder Excel-Listen füttern und pflegen, Möbel transportieren und Wagenwäsche betreiben, solange wird sich nichts ändern.

Es ist an der Zeit, dass sich die politisch Verantwortlichen, aber auch die Polizeispitze, umorientiert und erkennt, dass im Nichtvollzugsbereich genügend Potenzial vorhanden und neu zu schaffen ist, um die Polizeiarbeit an der Basis wirkungsvoll zu verstärken.

So kommt mehr polizeiliche Präsenz auf die Straße und zum Bürger.

Deshalb hat die seit Jahren bestehende Forderung der GdP nach **mehr Personal beim Nichtvollzugsdienst zur Entlastung von polizeiinadäquaten Aufgaben** weiterhin Bestand und ist heute wichtiger als je zuvor.

Es ist höchste Zeit umzudenken.

**Martin Peuthert,**  
**Mitglied im GdP-Landesvorstand,**  
**Vertreter für Baden-Württemberg im Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung,**  
**1. Kassierer der BG Karlsruhe**



Finden Sie uns auf Facebook...  
[www.facebook.com/GdPBW/?ref=bookmarks](http://www.facebook.com/GdPBW/?ref=bookmarks)



## AUS DER SENIORENGRUPPE

## Sitzung des Landesseniorenvorstands (LSV)

Gespräch mit Landesvorsitzendem Kirstein  
50 Jahre Seniorenarbeit in der GdP Baden-Württemberg – Problem Infowege an die Senioren –  
Weitere Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Zu einer Sitzung trafen sich die fünf Mitglieder des Landesseniorenvorstands (LSV) in der Geschäftsstelle der GdP in Eberdingen. Neben einigen Sachthemen ging es auch um Informationen zu den Veränderungen in der Landesgeschäftsstelle nach dem Landesdelegiertentag 2016. Landesvorsitzender Hans-Jürgen Kirstein nahm sich Zeit, um über die Probleme im Personalbereich, die Aufgabenwahrnehmungen und die Geschäftsabläufe offen und ausreichend zu informieren. Der LSV besprach außerdem die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ und Überlegungen zu einem verbesserten Informationsfluss an die Mitglieder der Seniorengruppe und deren Betreuung vor Ort. Angeboten werden soll auch eine „Gesundheitsreise“ mit Informationen zur Vorbereitung auf den Ruhestand.

Hans-Jürgen Kirstein bat um Verständnis, dass die Begleitumstände der umfangreichen Personalveränderungen in der Landesgeschäftsstelle zu Problemen in den Geschäftsabläufen geführt hatten. Zwischenzeitlich sei aber die notwendige Organisationsveränderung weit fortgeschritten und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Arbeit der Beschäftigten wieder reibungsloser geleistet werden könne. Für den LSV ist dabei von besonderer Bedeutung, wie die speziellen Senienthemen an die Mitglieder der Seniorengruppe gelangen können.

Da die Seniorinnen und Senioren nicht mehr über die beruflichen Infowege erreichbar sind, kommt insbesondere dem Aufbau eines E-Mail-Verteilers mit den privaten Adressen eine besondere Bedeutung zu. Voraussetzung sei aber unabdingbar, dass die GdP-Mitglieder nach Eintritt in den Ruhestand diese private Erreichbarkeit mitteilen. Möglichkeiten wurden aufgezeigt und besprochen. In den nächsten Monaten soll in diesem Zusammenhang auch wieder ein Tagesseminar für Seniorenvertreter in den Bezirksgruppen angeboten werden.



Der Landesseniorenvorstand tagte in der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen: (von rechts) Manfred Bohn (stellv. Vorsitzender), Wolfgang Schmidt (Schriftführer), Hans-Jürgen Maier, Karl-Heinz Strobel (beide Beisitzer), Werner Fischer (Vorsitzender) und Hans-Jürgen Kirstein (GdP-Landesvorsitzender)  
Foto: GdP BW; © Werner Fischer

Zu Beginn der internen Besprechung des Gremiums fand es große Zustimmung, dass ein vom Landesseniorenvorsitzenden Werner Fischer verfasster Artikel „50 Jahre Seniorenarbeit in Baden-Württemberg“ in der Februar-Ausgabe 2019 in vollem Umfang im Landesteil der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei abgedruckt worden ist. Erfreut waren die Mitglieder des LSV auch darüber, dass ein von ihnen angestoßenes Gespräch mit der Hauspitze des Finanzministeriums über die teilweise unzumutbar lange Bearbeitungszeit der Beihilfeanträge im Landesamt für Besoldung und Versorgung stattgefunden hat und auch erste Erfolge zeige.

Thema war auch das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Die dreitägigen Seminare in Bad Urach sind gut besucht und erfolgreich. Begonnen wurde in zwei Bezirksgruppen (Villingen-Schwenningen und Stuttgart) mit dem vom LSV vorgeschlagenen eintägigen Ergänzungsseminaren zum gleichen Thema. Dabei zeigte es sich, dass Kolleginnen und Kollegen, die für

die Vorbereitung auf den Ruhestand Interesse haben, für die angebotenen „Kurzinfos“ ebenfalls dankbar sind. Die Bezirksgruppen sind aufgefordert, in dieser Richtung weiter aktiv zu sein und ihren Mitgliedern ein entsprechendes Angebot zu machen. Der LSV wird dabei gerne hilfreich Unterstützung anbieten.

Der LSV plant in Zusammenarbeit mit dem GdP-Kooperationspartner PSW-Reisen dieses Jahr eine Gesundheitsreise in eine Bäderstadt eines Nachbarlandes anzubieten. Neben Heilbehandlungen (die teilweise als Heilkuren beihilfefähig sind) sollen auch GdP-Informationen angeboten werden, die thematisch ebenfalls als Vorbereitung auf den Ruhestand hilfreich sein sollen.

H. W. Fischer



# Attraktivität der Kriminalpolizei steigern!

Von Gundram Lottmann

Um das Berufsbild des Kriminalisten bei der Kriminalpolizei attraktiver zu machen, plant das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Folgendes:

- Mit dem Ziel, tätigkeitsspezifische Aufwände bei Todesfallermittlungen abzugelten, erwägt das Ministerium die Einführung einer Aufwandsentschädigung im Zusammenhang mit der Durchführung einer Leichenschau.
- Zudem soll die bislang bestehende Form der Kriminalmarke durch eine neue und moderne Variante ersetzt werden.

Für die Gewerkschaft der Polizei stellt sich die Frage, wer diese Aufwandsentschädigung bei der Leichensachbearbeitung bekommen soll?

- Der Schutzpolizist, der bis zu einer Stunde und manchmal auch länger auf den leichenschauenden Arzt wartet (oftmals sind die Beamten der Schutzpolizei auch noch beim Entkleiden der Leiche behilflich)?
- Die Beamten des Kriminaldauerdienstes, die die Sachbearbeitung übernehmen?
- Die Beamten der Kriminaltechnik, die eventuell hinzugezogen werden müssen?



Foto: GdP BW; © Gundram Lottmann

- Die Fachinspektion, wenn die Sachbearbeitung vom Kriminaldauerdienst an die Kriminalinspektion 1 abgegeben wird?

Und das Ganze mit einem komplizierten und aufwendigen Beleglauf wie bei der Fahndungskostenpauschale?

Nein!!! – Auch wenn andere Gewerkschaften ihre Zustimmung signalisiert haben, spricht sich die GdP klar gegen diese Pläne aus.

Um die Attraktivität der Kriminalpolizei zu steigern, sind viele Maßnahmen und Änderungen notwendig:

- **Forderung von 50 Euro Kriminalpolizei-Zulage für den operativen Dienst**

Für den operativen Dienst der Kriminalpolizei wird eine monatliche Pauschale von 50.- Euro gefordert.

Hierdurch sollen Kleiderkosten aufgrund erhöhten Verschleißes (z. B. Durchsuchungsmaßnahmen, Tatortarbeit) sowie Aufwendungen für sonstige Ausgaben (z. B. Zigaretten und Getränke für Beschuldigte bei langwierigen Vernehmungen um nicht in den Verdacht verbotener Vernehmungsmethoden zu geraten) pauschal abgegolten werden.

- **Langzeitabgeordnete Schutzpolizisten zur Kriminalpolizei übernehmen**

Bei der Kriminaltechnik, Fahndung und weiteren Organisationseinheiten sind seit vielen Jahren Schutzpolizisten zur Kriminalpolizei abgeordnet. Diese haben sich auf ihre Tätigkeitsfelder spezialisiert und sind ein wichtiger Baustein bei der täglichen Arbeit. Leider werden sie alle 2 Jahre im Rahmen der Beurteilungsrunde benachteiligt, weil sie weder „richtig“ zur Schutzpolizei noch zur Kriminalpolizei gehören.

Diese Ungerechtigkeit gehört endlich beendet, indem alle Langzeitabgeordneten Schutzpolizisten ohne Wenn und Aber zur Kriminalpolizei übernommen werden. Hierdurch muss zwangsläufig der Anteil der Kriminalpolizei innerhalb der Landespolizei erhöht werden.

- **Wechselschichtergänzungsdienste (WSED) für den Kriminaldauerdienst**

Anzeige

## Diesmal für Sie im Einsatz!

Für die Leser „Deutsche Polizei“ und deren Familienangehörige, bieten wir eine Menge Vorteile rund um das Thema Zahnersatz. Bei uns erhalten Sie meisterlich gefertigten Zahnersatz, Made in Germany, zu Sonderkonditionen. Bei Ihrem Eigenanteil können Sie so bis zu 50% einsparen ohne dabei auf hochwertigste Ausführung sowie Materialien verzichten zu müssen.



### Wie funktioniert das? Ganz einfach!

Preis vergleichen – mit dem Zahnarzt reden – uns anrufen Stichwort „Polizei“

Wir kümmern uns um den Rest, deutschlandweit.

Mehr erfahren Sie im Internet unter [www.lauffer-zahntechnik.de](http://www.lauffer-zahntechnik.de) oder rufen Sie uns einfach an Freecall 0800 – 7788123

LAUFER  
Zahntechnik

Ein Unternehmen in der



TUV zertifiziert

Preisgünstig – Seriös – Zuverlässig

Freecall-Nr. 0800 - 77 88 123

aus dem deutschen Festnetz

Saarburger Ring 30, 68229 Mannheim  
kontakt@lauffer-zahntechnik.de, [www.lauffer-zahntechnik.de](http://www.lauffer-zahntechnik.de)



Der Kriminaldauerdienst muss die Möglichkeit haben, im Rahmen des WSED analog des Streifendienstes seine Schießtermine, Einsatztrainingszeiten usw. wahrzunehmen. Notwendige Zusatzdienste sind auf das Notwendigste zu reduzieren und dürfen nicht zur Grundgestaltung eines Dienstplanes dienen.

Eine Rückkehr zur 38,5-Std.-Woche, für die der 5-Schichten-Dienst ausgelegt ist, ist anzustreben.

**• Vorsorgekuren und Supervision-Veranstaltungen für besonders psychisch belastende Arbeitsbereiche der Kriminalpolizei**

Besonders psychisch belastende Tätigkeiten innerhalb der Kriminalpolizei, wie etwa die Auswertung von Kinderpornografischem Datenmaterial, Leichensachbearbeitung u. a., sollen durch Vorsorgekuren und regelmäßigen Supervision-Veranstaltungen im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gewürdigt werden.

Hierdurch können gesundheitliche Beeinträchtigungen vermieden und Krankheitstage reduziert werden.

**• Verbesserung des Fortbildungskonzept**

Innerhalb der Kriminalpolizei besteht ein hoher Fortbildungsbedarf, der sich durch den ungünstigen Altersdurchschnitt in den nächsten Jahren noch verschärfen wird.

Eine Spezialisierung in den einzelnen Fachbereichen ist dringend erforderlich und sollte durch entsprechende Personal-konzepte unterlegt werden.

**• Veränderungen im Organisationsaufbau**

Eine Untergliederung der Kriminalinspektionen in Dezernate wird als zwingend notwendig angesehen. Hierbei sollte eine landeseinheitliche Regelung mit einheitlichem Geschäftsverteilungsplan gefunden werden.

Eigenständige und mit klarem Aufgabenzuschnitt versehene Dezernate mit eigenen Schreibkräften sind leistungsstark und die Identifikation mit seinem Zuständigkeitsbereich mit hohem Spezialisierungsgrad ist motivierender als große „Mammut-Inspektionen“ mit vielen Aufgabenvermischungen (Stichwort: corporate identity).

Des Weiteren können Arbeitsbereiche wie z. B. Rauschgiftkriminalitätsbekämpfung, Kriminaltechnik, Erkennungsdienst u. a. von den Kriminalinspektionen ausgelagert werden, wobei die Fachaufsicht weiter bei den jeweiligen Dezernaten liegt.

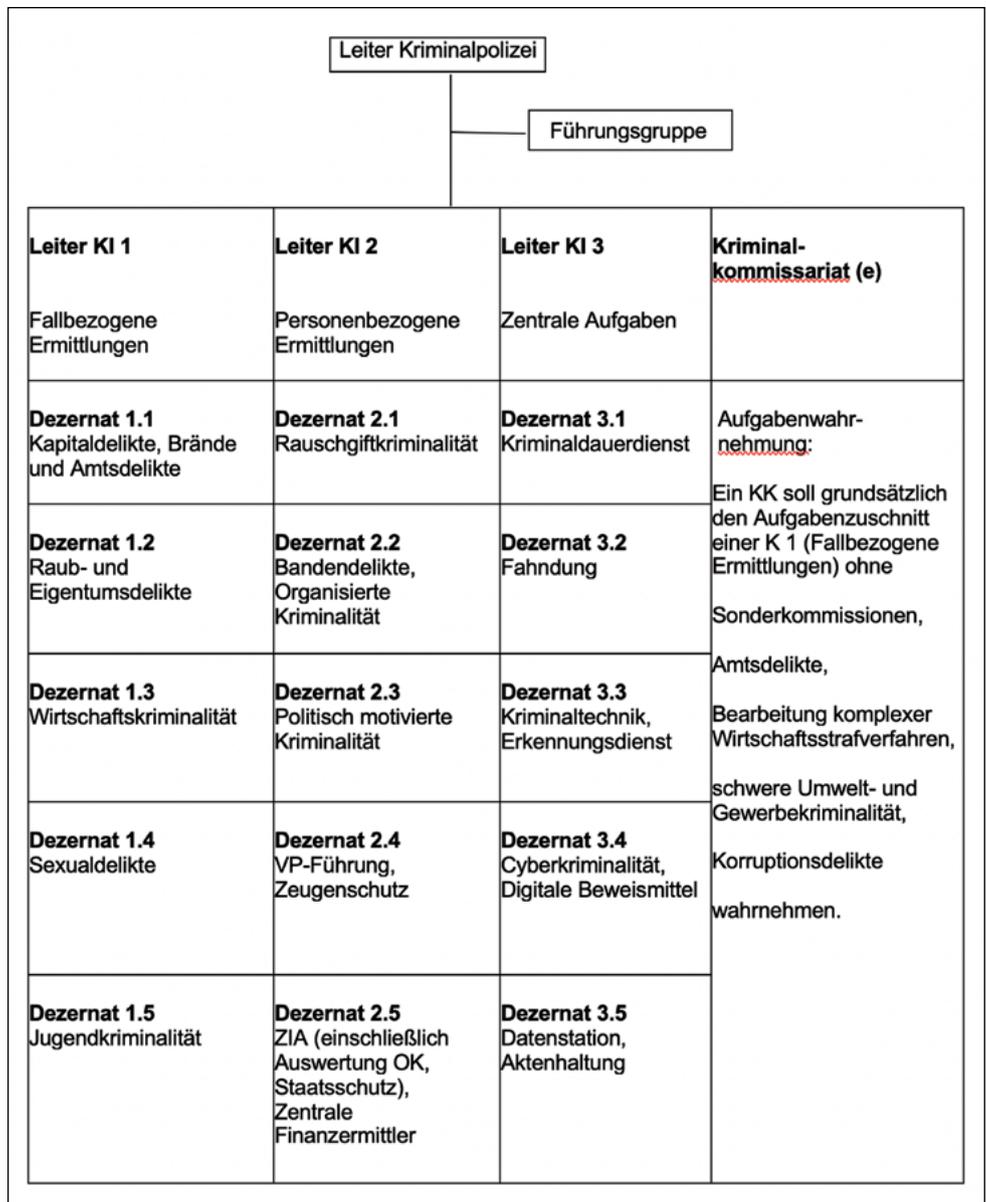
Der Leiter Kriminalpolizei soll gleichzeitig ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten und mit der Wahrnehmung der Fachaufsicht der Kriminalitätsbekämpfung innerhalb des Polizeipräsidiums beauftragt werden.

Aufgrund der Übertragung der Fachaufsicht der Kriminalitätsbekämpfung und der hierzu notwendigen engen Abstimmung mit dem Polizeipräsidenten ist die Stellvertretung zwingend auf den Leiter der Kripo festzuschreiben.

Wenn man die Attraktivität der Kriminalpolizei steigern möchte, dann erfordert dies mehr als eine neue „K-Marke“ oder die Einführung einer „Aufwandsentschädigung für die Leichensachbearbeitung“, die mit einem aufwendigen Beleglauf wieder viel Verwaltungsarbeit nach sich zieht.

Die oben aufgeführten Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität der Kriminalpolizei sollen als Einstieg in eine Diskussion dienen, das Berufsbild des Kriminalisten zu steigern und wieder junge Kolleginnen und Kollegen für die Kripo zu begeistern.

Über Rückmeldungen und einem offenen Meinungsaustausch mit euch freue ich mich: Gundram.Lottmann@gdp-bw.de.



**Sorrent, Golf von Amalfi, Vesuv und Neapel**  
**Ein mediterraner Traum in „Bella Italia“**

Campania felix, das „glückliche Land“, so nannten schon die Römer den Golf von Neapel.  
 Genießen Sie mit uns die Highlights dieser wunderschönen Küste.

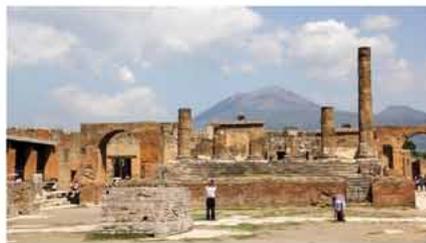


Sorrent

- 1. Tag: 20. 10. 2019 Flug von München nach Neapel
- 2.. Tag: 21.10.2019 Führung in Sorrent
- 3. Tag: 22.10.2019 Ausflug Neapel
- 4. Tag: 23.10.2019 Ausflug Pompeji/Vesuv

- 5. Tag: 24.10.2019 Ausflug Amalfiküste
- 6. Tag: 25.10.2019 Tag zur freien Verfügung
- 7. Tag, 26.10.2019 Ausflug Paestum-Tempel, Büffel und Mozzarella, Rückflug nach Deutschland

Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland  
 - Programmänderungen vorbehalten -



Pompeji mit Vesuv

**Preise:** **1325,--** Euro pro Person im DZ

**EZ-Aufschlag** **260,--** Euro

**Leistungen:**

- Lufthansa-Flug von und bis München
- Transfer Flughafen Neapel - Hotel - Flughafen Neapel inkl.
- deutsch sprechender Assistenz.
- 6 x Übernachtung im 4 Sterne Hotel
- 6 x Frühstücksbuffet
- 6 x Abendessen im Hotel
- Lokale deutschsprechende Reiseleitungen und Busgestaltung für folgendes Programm:
- - ca. 3-stündiger Ausflug Sorrent

- - ca. 6-stündiger Ausflug Pompeji und Vesuv
- - ca. 6-stündiger Ausflug Amalfiküste
- - ca. 6-stündiger Ausflug Neapel
- - ca. 7-stündiger Ausflug Paestum
- 1 x Besichtigung mit Mittagsimbiss inkl. 1/4 l Wein & Wasser auf einer Büffelfarm.
- Alle Eintritte wie aufgeführt
- Tempeltal Paestum
- Ausgrabungen Pompeji
- Vesuv (Krater)
- Dom, Amalfi
- Villa Ruffolo, Ravello
- Kirche Santa Chiara, Neapel

Mindestteilnehmerzahl 20

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN

**Thomas Cook**  
Reisebüro

Schwieberdinger Str. 46,  
71665 Enzweihingen  
Tel.: 07042 / 872 8312

www.psw-reisen.de  
karin.burger@psw-gbr.de

